

Entfesselte Märkte und globale Ungleichheiten

Brigitte Unger

LEHRPLANBEZUG

7. KLASSE:

- Die Entwicklung der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, Integrations- und Zerfallsprozesse (Zerfall der Habsburgermonarchie; Krisen der Zwischenkriegszeit; Wirtschaftssysteme nach 1945; usw.)



In den 1970er-Jahren sind Finanzmärkte durch den Zusammenbruch des internationalen Währungssystems und die Erhöhung der Ölpreise mächtig geworden und der Kontrolle nationaler Regierungen entglitten. Ihre Entwicklung ist noch dynamischer als die Zunahme des internationalen Handels und die Macht der Multinationalen Konzerne. 1999 fanden die Proteste gegen die Multinationalen Konzerne ihren vorläufigen Höhepunkt.

Zunehmender Welthandel und internationale Konzerne

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die internationalen Beziehungen langsam wieder aufgenommen und der seit dem Ersten Weltkrieg zum Stillstand gekommene Welthandel wieder belebt. Aber erst in den 1980er-Jahren erreichten die Exporte und Importe in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) das Niveau der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.¹ Der zunehmende Welthandel war jedoch auch von Ungleichheiten begleitet: Die Länder des Südens oder der so genannten Dritten Welt lieferten dem Norden billige Rohstoffe und bezogen dafür teure Industriewaren. Billige Exporte und teure Importe verschlechterten die Leistungsbilanzen der Dritten Welt. Die Forderungen der GegnerInnen dieses Ungleichgewichts lauteten und lauten daher: „Fairer Tausch“. Initiativen wie „Fair-Trade“ unterstützen einen fairen Handel mit der Dritten Welt, indem etwa Kaffee und Schokolade im Norden teurer verkauft werden und die Erlöse direkt den Kleinbauern der „Dritten Welt“ zugute kommen.

Die Ausweitung des internationalen Handels wurde vom

Anwachsen Multinationaler und Transnationaler Konzerne begleitet. Immer weniger und immer größere Firmen beherrschen den Welthandel. Multinationale Konzerne stellen in jedem Land (fast) ganze Produktpaletten her, während transnationale Unternehmen die Produktion über die Welt verteilen. Derzeit sieht die Situation am Weltmarkt so aus, dass nur noch ein Drittel des Welthandels über Märkte erfolgt.

1947 wurde von 23 Ländern das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (→) (GATT) unterzeichnet. Zollgebühren wurden beseitigt, um den Handel zu erleichtern. Freier Wettbewerb zwischen den Ländern sollte das effizienteste Ergebnis bringen, billigste Produkte und beste Versorgung weltweit. Im Laufe der Zeit unterzeichneten immer mehr Länder das Abkommen. Bereiche wie etwa die Landwirtschaft und der Dienstleistungsbereich wurden ins Abkommen mit einbezogen. Die Nachfolgeorganisation des GATT, die Welthandelsorganisation (→) WTO, umfasst heute 135 Länder.

Die geforderte Freiheit des Welthandels führte jedoch nicht, wie erwartet, zu mehr Wettbewerb und zu vielen kleinen konkurrierenden Betrieben mit bester Produktqualität, sondern zur Freiheit einiger weniger Großkonzerne, die langsam mächtiger wurden als so manche nationale Regierung. Damit die Produktionsstätten nicht in ein anderes Land verlagert werden, räumten ihnen Regierungen mitunter verschiedenste Vorrechte ein: Sie durften ethisch bedenkliche Forschungsexperimente durchführen, Umweltentsorgung nach Belieben vornehmen, erhielten Subventionen oder es wurde ihnen Steuerfreiheit gewährt. Internationale Konzerne konnten Gewinne beliebig zwischen Mutter- und Tochterfirmen transferieren, Defizite in Hochsteuerländern ausweisen und Überschüsse in Niedrigsteuerländern. Sie konnten die Bilanzierung in einem Land und die Produktion im anderen Land durch interne Käufe und Verkäufe vornehmen. Selbst die Nichteinhaltung von nationalen Qualitätsnormen wurde toleriert.

Eine internationale Öffentlichkeit gegen Globalisierung entsteht

1999 war das Jahr, in dem Protestaktionen gegen Multinationale Konzerne ihren bisherigen Höhepunkt fanden. GlobalisierungsgegnerInnen machen verstärkt auf sich aufmerksam und werden dabei von den Medien unterstützt. Das Scheitern des Investitionsabkommens für Multinationale Konzerne (MAI, siehe nächster Punkt)

¹ Krugman, Paul. Geography and Trade, 1992

und die Störung des WTO-Weltwirtschaftsgipfels in Seattle zeigen, dass eine neue internationale Gemeinschaft entstanden ist, die bereit ist, gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung aufzutreten.

Der internationale Handel: Das MAI-Abkommen 1999

Im Namen der Handelsfreiheit forderten Multinationale Konzerne eine Investitionsvereinbarung (MAI = Multilateral Agreement on Investment). Eine Klausel im MAI sah beispielsweise vor, dass sich internationale InvestorInnen, die sich gegenüber den nationalen Unternehmen benachteiligt fühlen, das betreffende Land klagen und vor der internationalen Handelskammer (die aus Vertretern der Multinationalen Konzerne besteht) einen finanziellen Ausgleich dafür geltend machen können. Um etwaige Proteste der Entwicklungsländer von vornherein auszuschalten, wurden die Verhandlungen nicht von der WTO mit ihren 135 Ländermitgliedern geführt, sondern an die OECD übertragen, die nur die 29 reichsten Länder umfasst.

Die Verhandlungsergebnisse gelangten an die Öffentlichkeit und wurden übers Internet weltweit verbreitet. Daraufhin formierten sich massive Proteste gegen die geplante Vereinbarung. Eine koordinierte Aktion vor dem Sitz der OECD durch das Observatoire de la Mondialisation in Paris und heftige Debatten im französischen Parlament führten letztendlich dazu, dass der damalige Ministerpräsident Lionel Jospin eine neue Abfassung des MAI forderte. Zudem weigerte sich Frankreich, an den weiteren MAI-Verhandlungen teilzunehmen. Dies bedeutete das Ende des MAI-Abkommens. Es war von GlobalisierungsgegnerInnen, die sich mittlerweile weltweit formiert haben, verhindert worden.

Der Weltwirtschaftsgipfel von Seattle 1999

Ebenfalls 1999 fand die Millenniumsrunde der Welthandelsorganisation WTO in Seattle, USA, unter Vorsitz von Microsoft-Chef Bill Gates statt. Sie stand ganz im Zeichen der Liberalisierung der Dienstleistungen. Die Dominanz der Interessen der Multinationalen Konzerne war dabei nicht zu übersehen.

Die Konferenz sah sich unerwartet heftig attackiert. Eine internationale Öffentlichkeit gegen Globalisierung war entstanden. Nein zur Liberalisierung, nein zur Arbeitsplatzvernichtung, nein zur Umweltverschmutzung, nein zum Diktat Multinationaler Konzerne, nein zum Ausschluss der Entwicklungsländer von entscheidenden Verhandlungen, Fair statt Free Trade, waren ihre Parolen. AktivistInnen blockierten strategische Zugänge zum Konferenzgebäude. Der Bürgermeister von Seattle rief den Notstand aus und verhängte Ausgangssperren. Die Konferenz konnte nicht termingemäß beginnen, die KonferenzteilnehmerInnen mussten über versperrte Abgrenzungsbänder klettern, die Blockade der Konferenz war unübersehbar. Die WTO stand im Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Durch globale Aktivitäten der Multinationalen Konzerne verlieren nationale Regierungen immer mehr an Handlungsspielraum. Multinationale Unternehmen sind

Arbeitsplatzschaffer und private Kapitalgeber. Regierungen sind sich der Macht der multinational agierenden Unternehmen bewusst. Sie hüten sich daher, gegen deren Interessen zu agieren. Die internationalen Protestaktionen sind eine wichtige Gegenformation, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

Neben dem Anwachsen des Welthandels und der zunehmenden Macht der Multinationalen Konzerne ist noch ein weiteres Globalisierungsphänomen zu beobachten: die zunehmende Bedeutung der internationalen Finanzmärkte. Internationale Finanzmärkte umfassen ein Volumen, das etwa 500-mal größer ist als der Warenhandel. Freilich: Globalisierungstendenzen hat es schon vor dem Ersten Weltkrieg gegeben. Aber noch nie erreichten sie das heutige Ausmaß und Tempo. Letztlich ist das auf das enorme Anwachsen der Finanzmärkte zurückzuführen. Die Finanzmärkte sind die Hauptursache für heutige Globalisierungsprobleme.

Warum die Finanzmärkte mächtig wurden

Das „goldene Zeitalter“ der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg war mit dem ersten Ölchock und dem Zusammenbruch des Systems fixer Wechselkurse 1973 beendet. Beim Zusammentreffen in (→) Bretton Woods, 1944, hatten viele europäische Länder ihren Wechselkurs an den Dollar fixiert. Die USA wiederum garantierten, jederzeit Dollar gegen eine bestimmte festgelegte Menge Gold umzutauschen. Der (→) Internationale Währungsfonds (IWF) wurde geschaffen, um Ländern mit Zahlungsschwierigkeiten zu helfen. Die ebenfalls neu gegründete Weltbank sollte Entwicklungsländern helfen. Diese Maßnahmen sollten die finanziellen internationalen Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum und Prosperität garantieren.

Auslöser für den Zusammenbruch dieses internationalen Währungssystems war der Vietnamkrieg. Er führte dazu, dass die USA im Ausland hoch verschuldet waren und dass das amerikanische Budget- und Leistungsbilanzdefizit so hoch waren, dass zu Beginn der 1970er-Jahre ein Run auf das Gold einsetzte. Das System fester Wechselkurse brach 1973 zusammen, als der US-amerikanische Präsident Richard Nixon erklärte, dass die USA nicht mehr Dollar gegen Gold eintauschen würden. Das darauffolgende freie Auf- und Abschwanken der nunmehr flexiblen Währungen bedeutete eine erste globale Verunsicherung der Finanzmärkte.

Parallel dazu verzehnfachte sich der Ölpreis im Jahr 1973. Der Grund: Die OPEC-Länder wollten mit der drastischen Ölpreisanhebung ihre Solidarität mit Ägypten bekunden und jene Staaten, die Israel im Yom-Kippur-Krieg (1967) unterstützt hatten, durch hohe Ölpreise sanktionieren. Die enormen Mengen „Petrodollars“, die an die arabischen Länder flossen, wurden in (→) Offshore-Zentren, außerhalb der Kontrolle nationaler Zentralbanken, angelegt. Flexible Wechselkurse und neue mächtige Offshore-Zentren leiteten die Ära der Globalisierung ein. Finanzkapital war durch nationale Regierungen nicht mehr steuerbar, es entzog sich den Devisenkontrollen und -genehmigungen der Nationalbanken. Flexible Wechselkurse setzten Regierungen vermehrt der

Gefahr von Finanzspekulationen gegen ihre Währung aus. Der nationale Handlungsspielraum des „goldenen Zeitalters“ war deutlich geringer geworden: Das Kapital hatte sich verselbstständigt.

1980er-Jahre: Verschuldungsprobleme der Dritten Welt als Reaktion auf hohe Zinsen

Zu Beginn der 1980er-Jahre verfolgten die immer noch sehr hoch verschuldeten USA, die mittlerweile 10 % der Weltersparnisse absorbierten, ein streng monetaristisches, neoliberales Modell. Sie erhöhten 1981 den (nominalen) Zinssatz von 6 % auf 17 %! (Siehe Scharpf und Schmidt 2000) Kapital strömte in die USA, die Börse boomte, das Wachstum der Finanzmärkte war gewaltig. Die Hochzinsschwelle ergriff auch Europa, das, um sich vor Kapitalabflüssen zu schützen, ebenfalls die Zinsen anheben musste. Reale Begleiterscheinungen der Hochzinspolitik waren eine Rezession in Europa und zunehmende Schuldenprobleme der Dritten Welt. Die Zinsenbelastung auf Auslandsschulden hatte sich verdreifacht, manche Entwicklungsländer mussten Zinsen von mehr als 40 % bezahlen. 1982 erklärte sich Mexiko für unfähig, die Zinsen auf seine Auslandsschulden zu bezahlen. Immer mehr Länder des Südens mussten Kredite aufnehmen, um die gestiegenen Zinsen auf die Schulden zu begleichen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank gewährten Kredite allerdings nur unter bestimmten Auflagen. Zu den Bedingungen zählten etwa die Reduktion öffentlicher Ausgaben, die Streichung von Subventionen auf Nahrungsmittel, eine restriktive Geldpolitik hoher Zinsen und eine Abwertung der Währung, um die Exporte anzukurbeln. Sie basierten auf dem monetaristischen, neoliberalen Modell, das Exporte steigern und Inflation und den privaten Konsum dämpfen wollte. Das Modell des IWF war und ist heftig umstritten. Die gewährten Kredite versickerten nur allzu oft in den Taschen korrupter Regierungsbeamter, während das Volk auf Grund der Erhöhung der Nahrungsmittelpreise (ver)hungerte. Dieses Modell, das schon in entwickelten Wirtschaften nicht funktionierte, war in Ländern, deren Wirtschaftsstruktur noch nicht einer Marktwirtschaft entsprach, auf Vetternwirtschaft oder Familienclans aufbaute, völlig inadäquat. Die Auflagen vor allem des IWF (die Weltbank war mit ihren Auflagen etwas moderater) bewirkten, dass die Zinsen bezahlt werden konnten und in den Norden flossen, ebenso billige Exporte.

Der Börsenkrach 1987

Die 1980er-Jahre waren eine Hoch-Zeit für die Finanzmärkte. Die Wachstumsraten des Finanzkapitals versprachen Gewinne, die der reale Sektor (die Unternehmen) niemals erwirtschaften konnte. Es wurde wesentlich attraktiver, in Finanzanlagen zu investieren als in Betriebe. Viele Länder liberalisierten den Kapitalverkehr. Als eines der letzten Länder schloss sich Österreich 1987 dieser Liberalisierung an. De facto hatte das Kapital aber ohnehin schon Wege gefunden, an den Zentralbanken vorbei zu agieren.

Der Boom der Finanzmärkte basierte jedoch auf dünnem Eis. Dies wurde 1987 deutlich, als der (→) Dow-Jones-Index an der New Yorker Börse um 22 % fiel. Der

Zusammenbruch der Börse war nahe; Panik ergriff alle Finanzplätze. Es wurde deutlich, dass das Tempo des Verfalls wesentlich höher war als je zuvor, denn irgendwo auf der Welt war immer ein Finanzplatz rund um die Uhr geöffnet. Daher konnte der Kursverfall immer weitergehen, Devisenspekulation war nun rund um die Uhr möglich.

Die Asienkrise 1997

Zehn Jahre nach dem Börsenkrach war die Börse wieder in Hochstimmung. Der Kommunismus war zusammengebrochen, der Kapitalismus hatte gesiegt. Der Liberalismus hatte keine GegnerInnen mehr – weder theoretisch noch real. Die Wall Street boomte, als 1997 ein bis dato nie da gewesenes Finanzgewitter die Börse erschütterte. Thailand, ein kleines Land in Asien, löste diesmal die gewaltige Krise aus. Grundstücksspekulationen mit völlig überhöhten Preisen, hinter denen dann nicht, wie die Anleger erwartet hatten, die königliche Regierung als Garant stand, platzten wie Seifenblasen und zwangen Thailand 1997 massiv abzuwerten. Als Folge davon fielen auch andere Länder wie Dominosteine um. Hongkong, die zweitgrößte Börse Asiens, brach zusammen. Korea, Japan usw. folgten. Diesmal wurde die Logik des herrschenden wirtschaftspolitischen Modells in Frage gestellt. Wenn, so wurde rasoniert, Finanzmärkte wirklich effizient sind, die reibungslose Finanzierung von Investitionen und Wachstum weltweit gewährleisten, wenn sie ermöglichen, dass Kapital zu seiner bestmöglichen Verwendung findet und die Börse die Ansammlung größtmöglicher Information ist, wieso konnte dann ein derart kleines Land das ganze System in eine Krise bringen? Sollten die Finanzmärkte tatsächlich eher einer „Casinologik“ folgen, wie dies John Maynard Keynes bereits 1936 feststellte? Sind sie ein Ort höchster Irrationalität, wo ein Gerücht genügt, um ganze Kontinente zum Zusammenbruch zu bringen? Und darauf sollte ein ganzes Weltwirtschaftssystem basieren? Auf einer Blase, die jederzeit platzen konnte?

Thailand, Indonesien, Südkorea und andere asiatische Länder riefen den Internationalen Währungsfonds um Hilfe an. Dieser stellte seine üblichen Bedingungen: Kredite wurden nur vergeben, sofern ein Land seine Inflation bekämpfte, sein Budget sanierte, sparte, abwertete und Lebensmittelsubventionen aufhob. Dieses Sparprogramm vertiefte indes die Asienkrise.

Im August 1998 wurde auch Russland von der Asienkrise getroffen. Es wertete ab. Der Rubel fiel, der russische Premierminister musste zurücktreten. Auch London, Paris und Frankfurt erfuhren ein Börsentief. Ebenso Lateinamerika. Mehr als 40 Milliarden Dollar wurden aus Brasilien an Kapital abgezogen, das ebenfalls abwerten musste. Eine weltweite Krise zeichnete sich ab.

Die Forderungen der GlobalisierungsgegnerInnen

I. Die Kontrollmacht der ParlamentarierInnen verstärken
Viele Verhandlungen erfolgen in Gremien, wie der (→) OECD oder WTO, und werden dann im Parlament ratifiziert. Das MAI-Abkommen z. B. bestand aus tausenden

von Seiten juristischer Anhänge. Die heiklen Punkte der Abkommen sind oft irgendwo in diesen tausenden Seiten versteckt. Die Prüfung der Abkommen ist daher oft äußerst langwierig und schwierig. ParlamentarierInnen sollten daher stärker in die Verhandlungen miteinbezogen werden bzw. umfassend über die Inhalte informiert werden.

2. Die Einbeziehung der Entwicklungsländer in Verhandlungen

Die Entwicklungsländer dürfen nicht länger von entscheidenden Verhandlungen der WTO ausgeschlossen werden. Durch Auslagerung von bestimmten Verhandlungen, z. B. in die OECD (wie beim MAI-Abkommen), werden Entwicklungsländer von für sie sensiblen Verhandlungsthemen ausgeschlossen.

3. „Die Märkte entwaffnen“

Der französische Wirtschaftsjournalist Ignacio Ramonet forderte in seinem berühmten Leitartikel in „Le Monde“ 1997, das Primat der Märkte abzuschaffen, denn heute bestimmen tatsächlich die Märkte die Politik. Insbesondere Finanzmärkte sind allmächtig geworden. Wenn Finanzierungsbedingungen auf privatem Auslandskapital beruhen, hat eine Regierung keinen bis wenig Handlungsspielraum, Maßnahmen zu setzen, die den Kapitalgebern nicht genehm sind. Das Kapital kann frei strömen, während die Menschen vor immer strikteren Einwanderungshindernissen stehen, denn die viel zitierte Liberalisierung bezieht sich nur auf das Kapital, nicht auf die Arbeit!

4. „Tobinsteuer“

James Tobin, Nobelpreisträger und Wirtschaftsberater von Präsident John F. Kennedy, hatte bereits in den 1970er-Jahren eine Steuer von 0,1 % auf Devisenmarkttransaktionen vorgeschlagen. Die Steuer soll dafür sorgen, dass jene, die aus Spekulationsgründen täglich unzählige Transaktionen durchführen, indem sie Gelder hin- und herschieben, um Gewinne aus Zinsdifferenzen zu lukrieren, bei ihren Aktivitäten etwas gebremst werden. Denn wenn man jedesmal 0,1 % des Umsatzes an Steuer abführen muss, ist die Spekulation mit Kosten verbunden. Bedenkt man, dass der Großteil der Devisentransaktionen nicht dem Handel, sondern der Spekulation dient, scheint diese Steuer viel versprechend.

Mit ATTAC (Association pour la Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens) wurde die Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zur Unterstützung der BürgerInnen 1999 in Frankreich geschaffen. Ein Jahr darauf wurden auch in Österreich und in vielen anderen Ländern nationale ATTACs gegründet. Mittlerweile ist ATTAC gut vernetzt und umfasst mehrere hundert Vereinigungen.

Die Tobinsteuer sollte in großen Währungsräumen (etwa der Europäischen Währungsunion, der EU oder in ganz Europa oder der ganzen Welt) eingeführt werden. Damit kann verhindert werden, dass Kapital in Länder verlagert wird, in denen keine Steuern abgeführt werden müssen. Verfechter der Tobinsteuer fordern, dass Steuerparadiese, wie etwa Luxemburg, in der EU bekämpft bzw. sanktio-

niert werden. Die „heiligen Stätten des schmutzigen Geldes“, die „Schmiermittel des Systems“ (J. Huffschmid) dürfen nicht als Umgehungsplätze einer Tobinsteuer fungieren. Der Ertrag einer Tobinsteuer wird auf mehrere zig oder hunderte Milliarden Dollar geschätzt. Wenn man bedenkt, dass extreme Armut mit 13 Milliarden Dollar zu beseitigen wäre (J. Huffschmid in ORF 2002), so kann mit einer Tobinsteuer allein in Europa Armut weltweit beseitigt werden. Angesichts der Milliarden Menschen, die in Elend und Not leben, scheint es eine Provokation und explosiver Zündstoff zu sein, dass Globalisierung nur für das Kapital und nicht für alle Menschen gilt.

5. Schuldenerlass für die Entwicklungsländer

Armut hängt mit Schuldenlasten zusammen. 1999 stellte die Erste Europäische Entwicklungskonferenz einen immer größer werdenden Graben zwischen armen und reichen Ländern, aber auch innerhalb der reichen Länder selbst fest. In den 1970er-Jahren wurden der „Dritten Welt“ bereitwillig Kredite zur Verfügung gestellt. Oft wurden diese Darlehen nur gewährt, um eine stabile geopolitische Situation zu erhalten. Mit der Erhöhung der Zinsen in den 1980er-Jahren haben sich daraus Verschuldungsprobleme entwickelt, die durch die Krisen der 1990er-Jahre noch verstärkt wurden. In Frankreich gründete der Ökonom Eric Toussaint das Komitee für den Schuldenerlass für die Dritte Welt. Der deutsche Ökonom Jörg Huffschmid fordert einen „unconditional“ Schuldenerlass. Der Schuldenerlass müsse ohne Politikaufgaben wie Antiinflation, Exportorientiertheit oder Haushaltsausgleich erfolgen.

1999 wurde das Finanzministerium in London von Demonstranten umstellt. Sie forderten einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt. Am selben Tag schloss sich die katholische Kampagne „Jubiläum 2000“ in Köln bei der G-7-Gipfeleröffnung diesen Forderungen an. Sie überreichten Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Papier mit 17 Millionen Unterschriften. Die aus der ganzen Welt nach Köln angereisten GlobalisierungsgegnerInnen bildeten eine Menschenkette von 9 Kilometern. Die sich weiter öffnende Schere zwischen Norden und Süden bildet einen explosiven Zündstoff für Unruhen und Kriege. Frieden braucht regulierte Finanzmärkte, daher gilt es, die Märkte zu entwaffnen.

Zusammenfassung

Finanzmärkte sind in den 1970er-Jahren durch den Zusammenbruch des internationalen Währungssystems und die Erhöhung der Ölpreise mächtig geworden und der Kontrolle nationaler Regierungen entglitten. Ihre Entwicklung ist noch dynamischer als die Zunahme des internationalen Handels und die Macht der Multinationalen Konzerne. In den 1980er-Jahren bewirkte die amerikanische Hochzinspolitik Schuldenprobleme der Entwicklungsländer (aber auch Budgetprobleme durch hohe Zinszahlungen in Europa). Der Börsenkrach 1987 konnte vorerst überwunden werden. Finanzmärkte wurden aber spätestens zehn Jahre danach mit der Asienkrise erneut in Frage gestellt. Ihre Irrationalität war unübersehbar und rief nach Kontrolle von Spekulationsbewegungen. Inter-

ationale Proteste erhoben sich u. a. wegen des gewünschten Investitionsabkommens im Sinne der Multinationalen Konzerne (MAI), der genmanipulierten Produktionen und der Umweltverschmutzung in der Dritten Welt. Die Proteste kulminierten 1999 beim Weltwirtschaftsgipfel in Seattle, bei dem der Bürgermeister den Notstand ausrief. GlobalisierungsgegnerInnen fordern vor allem eine Entschuldung der Dritten Welt, eine Tobinsteuer, um die Spekulationsgeschäfte auf den Finanzmärkten einzudämmen, und eine stärkere Kontrolle von internationalen Abkommen durch die Parlamente. Globalisierung dürfe nicht um den Preis von Elend und Not von Milliarden Menschen erkaufte werden. Sie müsse für alle Menschen gelten, nicht nur für die reichsten, zu denen nur rund eine Milliarde Menschen zählen.

Literatur

Krugman, Paul/Obstfeld, Maurice: International Economics, 1999

Krugman, Paul: Geography and Trade, 1992

Eichengreen, Barry: Globalizing Capital, Princeton 1996

International Monetary Funds: Financial Statistics, div. Jahre und Monate

Alternativen zur Globalisierung, ORF, Kunst-Stücke am 31. Jänner 2002, auf Videoband erhältlich, Video-Dokumentation